



18.4123

**Motion Fraktion
der Schweizerischen Volkspartei.
Verzicht auf eine Kandidatur
für den UNO-Sicherheitsrat**

**Motion groupe
de l'Union démocratique du centre.
Renoncer à la candidature
au Conseil de sécurité de l'ONU**

CHRONOLOGIENATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 12.03.20

Büchel Roland Rino (V, SG): Mit dieser Motion fordert die SVP-Fraktion, dass der Bundesrat beauftragt wird, auf eine Kandidatur der Schweiz für den UNO-Sicherheitsrat abschliessend zu verzichten. Warum betrachten wir ein solches Engagement einer Kandidatur nicht nur als gewagt, sondern als höchst gefährlich?

Wir sind überzeugt: Im UNO-Sicherheitsrat, der über Krieg und Frieden entscheidet, kann unser Land mit einer wichtigen Rolle als Vermittler nur verlieren. Ich nenne Ihnen zwei Gründe. Erstens: Der UNO-Sicherheitsrat kann nach Kapitel VII der UNO-Charta Entscheidungen mit Bindungswirkung für die Mitgliedstaaten treffen. Zweitens: Unter die "Massnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen" fallen sowohl Sanktionen als auch militärische Interventionen gegen Staaten. Sie haben es heute Morgen früh gehört: Sanktionen sind die Hungerwaffe.

Wer im Sicherheitsrat sitzt, kann für sich keine neutrale Position mehr in Anspruch nehmen. Warum das? Der Einsitz hat ja genau zum Zweck, die Weltpolitik in Bezug auf Krieg und Frieden mitzugestalten, zu beeinflussen. Wenn dies nicht der Fall wäre, dann wäre eine Teilnahme im Sicherheitsrat ja sowieso sinnlos. Was für Grossmächte Sinn macht, passt in keiner Art und Weise zu einem neutralen Staat, wie die Schweiz einer ist. Eine Mitgliedschaft widerspräche dem jahrhundertealten Neutralitätsprinzip der Eidgenossenschaft.

Zusammen mit dem Bundesrat scheinen all die Befürworter hier im Saal die realpolitische Tatsache zu ignorieren, dass die Entscheidungen des Sicherheitsrates allzu oft mit machtpolitischen Mehrheitsverhältnissen zu tun haben. Die UNO ist doch alles andere als unparteiisch! Die Stellungnahme des Bundesrates zu dieser Motion wurde vor über einem Jahr verfasst. Im letzten Satz heisst es dort: "Ein Einsitz im Sicherheitsrat ist ein zusätzliches Instrument, um die Interessen und Werte der Schweiz zu vertreten und auf diese Entwicklungen Einfluss zu nehmen." Damit sind nicht alle einverstanden.

Ich gebe Ihnen jetzt ein kleines Rätsel auf. Wer hat fast gleichzeitig mit der Stellungnahme des Bundesrates zur Motion in der "Weltwoche" das Folgende geschrieben? "Die Schweiz hat im Sicherheitsrat meiner Meinung nach nichts auszurichten. Sie käme nur neutralitätspolitisch in des Teufels Küche. Die wertvollen Beiträge der Schweiz zur Verständigung, zum Dialog zwischen den Völkern wären gefährdet. Schwer vorstellbar, dass beispielsweise der Iran und/oder die USA weiterhin auf die Schweiz setzen würden, um miteinander den minimalen Kontakt aufrechtzuerhalten. Engagieren wir uns lieber für das internationale Genf. Setzen wir uns ein für die Ziele der UNO, des Europarates, der OSZE, der OECD und anderer multilateraler Organisationen." – Ich sehe ein Lächeln im Saal. – "Der Bundesrat tut gut daran, diese Bewerbung für einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat nochmals zu prüfen."

Ich löse jetzt das Quiz auf: Wer war es? War es Roger Köppel? Nein. War es Christoph Blocher? Nein. War es vielleicht Roland Büchel? Nein. War es Yvette Estermann? Nein. War es jemand anderes von der SVP? Nein. Diese weisen Worte stammen vom Präsidenten der CVP, von Gerhard Pfister!

Es ist nicht ohne Grund, dass die UNO immer wieder in der Kritik steht: Die Generalversammlung hat keine Wirkung, und bei den zentralen Reformen kommt der Koloss doch nicht vom Fleck. Man stellt fest, dass die UNO den Rückhalt bei den Mitgliedstaaten verloren hat. Die Staaten setzen wieder vermehrt auf bilaterale Kontakte, und sie lassen die multilaterale UNO beiseite. Der grösste Kritikpunkt ist und bleibt jedoch der UNO-





Sicherheitsrat, welcher sich aus fünf ständigen und zehn nichtständigen Mitgliedern zusammensetzt. Dieses klar einflussreichste Organ der UNO wacht quasi über Krieg und Frieden. Ich sage das ganz bewusst noch einmal, man kann dies nicht genug wiederholen.

Genau für dieses Organ hat sich die Schweiz für die Jahre 2023/24 als nichtständiges Mitglied beworben. Stellen Sie sich vor, es gibt keine Instanz, welche überprüfen kann, ob die Entscheidungen des UNO-Sicherheitsrates mit der UNO-Charta kompatibel sind. Ich kann mir schlicht und einfach nicht vorstellen, dass das für Sie akzeptabel ist.

Ich danke für die Unterstützung der Motion.

Cassis Ignazio, conseiller fédéral: Permettez-moi tout d'abord de résumer brièvement les étapes de ce long chemin, à commencer par la décision démocratique du peuple suisse d'adhérer aux Nations Unies après des décennies de discussions internes, ce qui montre bien la complexité et le caractère émotionnel du thème, parce que, comme souvent en politique, on a affaire à des buts conflictuels.

AB 2020 N 346 / BO 2020 N 346

La décision d'adhérer aux Nations Unies a été prise en 2002. Déjà à ce moment, le Conseil fédéral avait indiqué qu'une participation pleine et entière de la Suisse à l'ONU comportait également la possibilité de siéger au Conseil de sécurité. La décision de briguer un siège au Conseil de sécurité marque l'aboutissement d'un processus de consultation mené sur plusieurs années, à partir de 2007, des deux Commissions de politique extérieure ainsi que des Commissions des finances. Au terme de ce vaste processus, des majorités claires se sont dégagées en faveur du projet dans les deux Commissions de politique extérieure.

C'est sur la base de cette consultation que le Conseil fédéral a pris la décision, en 2011, il y a neuf ans déjà, de soumettre la candidature de la Suisse à un siège non permanent en 2023/24.

Enfin, le Conseil fédéral a pris acte en fin d'année 2018 de l'avancement des travaux et, par la suite, a discuté avec les deux Commissions de politique extérieure, les partis et les cantons de l'état de la mise en oeuvre de cette candidature. A cette occasion, une fois de plus, le Conseil fédéral a reconfirmé son plein soutien à la candidature; le Parlement et les cantons ont aussi confirmé leur soutien à la candidature, en majorité. En janvier de cette année, le Conseil fédéral a adopté la Stratégie de politique extérieure 2020–2023 – on vient de la discuter ensemble. La candidature et le mandat prévu au Conseil de sécurité figurent, au chapitre "Paix et sécurité", comme mesure ou comme but à atteindre au cours de cette législature.

Au fil des années, cette candidature a également fait l'objet de plusieurs interventions parlementaires et le Parlement a toujours soutenu la position du Conseil fédéral, la dernière fois en 2016 dans le cadre d'une motion presque identique à celle déposée par l'UDC que vous traitez aujourd'hui.

Der Bundesrat und das Parlament haben sich also wiederholt und seriös mit der Kandidatur befasst. Das Fazit blieb stets dasselbe: Die Kandidatur ist im Interesse der Schweiz – auch in der heutigen geopolitischen Lage. Dafür gibt es drei Gründe:

Erstens ist die Kandidatur ein wichtiges Instrument zur Förderung unserer aussenpolitischen Interessen und Prioritäten. Zweitens ist die Kandidatur im Einklang mit unseren guten Diensten; Staaten wie der Schweiz, die Brücken zwischen verschiedenen Lagern bauen können, kommt im Sicherheitsrat eine wichtige Rolle zu, heute mehr denn je. Drittens fördert die Kandidatur die Mitbestimmung und die Standortförderung für das internationale Genf. Im Sicherheitsrat können wir direkten Einfluss auf die inhaltliche Ausrichtung und die effiziente Mittelverteilung der UNO nehmen; wir wollen diese UNO-Reformen ja auch unterstützen.

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Der Sicherheitsrat ist gewiss nicht perfekt. Er hat manchmal Mühe, eine gemeinsame Linie zu finden, vor allem, wenn die Interessen der Grossmächte kollidieren. Das haben wir vorhin bei der aussenpolitischen Strategie zur Genüge diskutiert. Dennoch: Der Rat leistet in vielen Krisenherden einen wichtigen Beitrag zur Konfliktprävention. Er sichert mit derzeit dreizehn Blauhelm-Missionen den Frieden. Er setzt sich dafür ein, dass schwere Verletzungen des Völkerrechts nicht unbeantwortet bleiben. Ohne Sicherheitsrat gäbe es noch weit mehr unilaterale Aktionen und im Ergebnis weniger Sicherheit, auch weniger Sicherheit für die Schweiz.

Die Schweiz kandidiert für einen von insgesamt zwei Sitzen, die für die westlichen Staaten reserviert sind. Der momentan einzige Mitkandidat ist Malta, dessen Wahlchancen gross sind. Die Wahlen finden im Juni 2022 in New York statt. Dank ihrem angesehenen Profil in der UNO hat die Schweiz gute Chancen, gewählt zu werden. Die Kandidatur wird Anfang Juli in New York formalisiert.

Der Bundesrat empfiehlt Ihnen deswegen, diese Motion abzulehnen.

Estermann Yvette (V, LU): Geschätzter Herr Bundesrat, können Sie uns etwas über die Arbeitsgruppe sagen,



die eingesetzt worden ist, um die Kandidatur vorzubereiten?

Cassis Ignazio, Bundesrat: Danke für Ihre Frage, Frau Nationalrätin Estermann. Die Kandidatur wird formell ... (*Der Redner räuspert sich*) – das passiert auch ohne Coronavirus. (*Heiterkeit*) Die Kandidatur wird formell Anfang Juli dieses Jahres eingereicht. Dann folgen zwei Jahre Wahlkampf, wenn man so will. Man muss international Stimmen austauschen. Entweder machen wir die Kandidatur richtig, oder wir kandidieren nicht. Um diesen Wahlkampf zu machen, um uns darauf vorzubereiten, zwei Jahre im UNO-Sicherheitsrat mitzuwirken, um beispielsweise auch die Mitwirkung des Parlamentes zu berücksichtigen, um die anderen internationalen Organisationen mit an Bord zu haben – um zum Beispiel die Beziehungen zur OSZE zu nutzen –, brauchen wir vorübergehend mehr Personal. Wir haben gemäss unseren Berechnungen weniger Personal vorgesehen, als es bis anhin in anderen Ländern der Fall war. Aber es sind immerhin auch zwischen 20 und 25 Personen mehr. Ein grosser Teil des Aufwands – mindestens 15 Personen – wird intern kompensiert. Das heisst, meine Mitarbeiter werden von anderen, weniger prioritären Zwecken für dieses Ziel freigestellt. Drei Jahre später kehren sie dann wieder zurück. Es ist eine Kurve; man erreicht eine Spitze und kommt in den folgenden zwei Jahren wieder auf das vorherige Niveau zurück. Es geht um die Koordination der Informationen, es geht natürlich um die Sammlung von Informationen bei unseren weltweiten Vertretungen. Die Zentrale wird bei der Mission in New York geschaffen.

Ich erlaube mir noch, daran zu erinnern, dass die Aussenpolitische Kommission des Ständerates bis Mitte dieses Jahres einen Bericht erwartet, in dem wir zeigen sollen, wie sich das Parlament zusammen mit dem Bundesrat während dieser zwei Jahre konkret mit dem Thema befassen wird.

Büchel Roland Rino (V, SG): Geschätzter Herr Bundesrat, lässt die Tatsache, dass der einzige Mitkonkurrent Malta ist – Sie haben es erwähnt: wahrscheinlich nicht gerade ein Vorbild an Rechtsstaatlichkeit in Europa –, darauf schliessen, dass der Sitz doch nicht so attraktiv ist, wie er jetzt dargestellt wird?

Cassis Ignazio, Bundesrat: Das ist eine mögliche Schlussfolgerung. Eine andere mögliche Schlussfolgerung ist, dass die Schweiz einfach viel zu stark ist und man deshalb nicht gegen sie kämpfen will. Malta ist kein Konkurrent. Es gibt zwei Sitze und zwei Kandidaturen. Diese wurden schon vor Langem bekannt gegeben. Es ist nicht auszuschliessen, dass in letzter Minute noch jemand kommt. Das wäre nicht das erste Mal. Aber je mehr wir uns jetzt dem Juli nähern, desto weniger wahrscheinlich ist es, dass das der Fall sein wird.

Egger Mike (V, SG): Geschätzter Herr Bundesrat, können Sie mir erklären, warum es keine weiteren Mitbewerber für diese Sitze gibt? Zwei Sitze stehen zur Verfügung, zwei Bewerber hat es. Warum gibt es keine anderen Mitbewerber? Die Attraktivität scheint wirklich nicht gross zu sein.

Cassis Ignazio, Bundesrat: Ich kann Ihnen sagen, dass es relativ viele Hypothesen gibt; zwei haben wir schon genannt. Eine hat Herr Büchel genannt: Es ist zu wenig attraktiv, also interessieren sich andere Staaten nicht dafür. Eine habe ich genannt: Die Schweiz ist zu stark; man will nicht gegen die Schweiz kämpfen. Sie müssen auch bedenken: Wir haben unsere Kandidatur sehr früh, 2011, bekannt gegeben. Man anerkennt, dass die Schweiz mit Genf Sitz internationaler Organisationen ist. Ich gehe davon aus, dass das mit ein Grund sein wird. Ich kann Ihnen aber sagen, dass für die darauffolgenden Jahre durchaus schon heute ein Konkurrenzkampf besteht. Es gibt dort mehr Kandidaten als vakante Sitze. Es ist, international gesehen, also immer noch eine Prestigesache, während zwei Jahren im UNO-Sicherheitsrat als nichtständiges Mitglied mitwirken zu dürfen.

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Le Conseil fédéral propose de rejeter la motion.

AB 2020 N 347 / BO 2020 N 347

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.4123/20226)

Für Annahme der Motion ... 52 Stimmen

Dagegen ... 127 Stimmen

(12 Enthaltungen)